

# Der „mutige“ Severing

Die Unternehmerrpresse lobt ihn als Kampfabwürger und Retter der Großen Koalition

Die DDB-Führer haben die bedingungslose Unterwerfung unter Severings Schiedsspruch beschlossen. In ihrer Entscheidung auf der Konferenz in Wien heißt es ausdrücklich: „Weil der DDB dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsminister Severing, mit dem größten Vertrauen gegenübersteht, lehnt er sich auferhebend, die Vermittlungsaktion ab.“

Dass die Arbeiterklasse Severings Vermittlungsaktion als unverschämte Proportionalität zurückzuschlagen muß, dafür liefert die Unternehmerrpresse den besten Beweis. Nichts ist kennzeichnender und charakteristischer für die Rolle Severings, als daß ihn die bürgerliche Presse lobt und ihn der Arbeiterklasse als den „bewährten“ Mann anpreist. Dies ist dem Zweck, um Severing seine Aufgabe der Abwägung des Ruhrkampfes im Interesse der Unternehmer zu erleichtern. In diesem Sinne schreibt die Berliner Volkszeitung in einem Artikel „Mut zur Verantwortung“ u. a.:

„Severing ist wohl der populärste Mann in der Arbeiterklasse des deutschen Westens... Was die Arbeiterklasse nach ihrer überwundenen Ängstlichkeit des Rechtsputzes (Kapp-Putsch P. D.) billigerweise verlangen konnte, das letzte Anerkennen in dieser Hinsicht nicht hundertprozentig einlösen. Severing war zum gerechten Erbbach der republikanischen Arbeiterklasse geworden (1)... Als jetzt der Ruf an ihn erging, die gigantisch unpopuläre Aufgabe zu übernehmen, den Ausprägungsfunkt durch einen neuen Schiedsspruch zu beenden, da hat er sich auch nicht eine Minute bequemt. Der Mut zur Verantwortung bestimmte ihn zur Übernahme der außergewöhnlichen Aufgabe... wenn die Führer der anderen Gewerkschaften den Mut aufbringen, sofort und auf ihre Verantwortung hin zu handeln, dann sollten die Leiter der freien Gewerkschaften dazu nicht weniger entschlossen sein, wo doch der Schlichter einer der ihren ist.“

Der Journalismus, mit dem die BZ allein die verdreherische Rolle Severings beim Kapp-Putsch verteidigt, ist zugleich kennzeichnend dafür, welche Aufgabe sie Severing bei seiner jetzigen Schlichterrolle im Ruhrkonflikt zugeben.

Der deutschnationalen „Montag“ kritisiert in dieser Linie ebenfalls die Gewerkschaftsführer des DDB, weil sie, die Empörung der Arbeiter fürchtend, sich nicht sofort bei der ersten Ausdrucksweise mit dem Reichskanzler Müller für die Unterwerfung unter Severings Schiedsspruch aussprachen. In einer Notiz „Mangel an Mut“ schreibt der „Montag“:

„Während die Arbeitgeber Severing als Vermittler anerkannt, obwohl er noch wenige Stunden vorher sich ganz einseitig für die Gewerkschaften ausgesprochen hatte, haben die freien Gewerkschaften die Verantwortung von sich auf Severing abgemäht.“

Und die Industrie- und Handelszeitung versucht, der Arbeiterklasse Severing und seine Abwägungsaktion mit folgenden Worten Annäherung zu machen:

„Die Tatsache, daß die Arbeitgeber die Autorität des Reichsinnenministers anerkannt haben, und daß es außerdem das ganze Reichsministerium war, das die Autorität des letzten Votums in die Hände des Herrn Severing gelegt hat, zeigt, welche harte Kräfte gewirkt haben, sich für diese Aktion einzusetzen. Die Berlin des Herrn Severing sollte weiter das höchste Unterband dafür bieten, daß sich auch die Arbeitnehmer mit ihrem Votum einverstanden erklären und nicht dem in ihm getriebenen Vertrauen den Boden entziehen.“

Es ist nicht von ungefähr, daß die Unternehmerrpresse solche Töne für Severing findet. Sie tut dies nur, weil sie genau von dem überzeugt ist, was Georg Bernhard, der Chefredakteur der Völkischen Zeitung, in einem Artikel „Staatskrise“ u. a. über die Vermittlungsaktion Severings in folgendem ausdrückt: „... für die Arbeitgeber bedeutet die neue Vermittlungsaktion der Regierung, gleichgültig, ob sie in Zukunft mehr zehlen müssen oder nicht, den Sieg ihres grundsätzlichen Standpunktes.“

Severing hat den Mut, durch seinen Schiedsspruch den Unternehmern nicht nur zum Sieg ihres grundsätzlichen Standpunktes, der Nichtanerkennung des ersten Schiedsspruches, sondern auch zum materiellen Erfolg zu verhelfen, indem sein Schiedsspruch bezüglich der Lohnzulage noch unter dem ersten Schiedsspruch bleiben wird.

Dass die Koalitionsregierung und die SPD-Minister aber gerade Severing mit der Abwägung des Ruhrkampfes beauftragten, lag in der Linie und diente eben vornehmlich der Erhaltung und Festigung der Großen Koalition. Die SPD-Führer wissen, daß sie genau so, wie sie der imperialistischen Aufstellungspolitik und dem Panzerkreuzerbau ihre Zustimmung gaben, sie auch in der Frage des Ruhrkampfes den Willen der Bourgeoisie erfüllen müssen. Georg Bernhard sagt diesbezüglich in seinem oben zitierten Artikel:

„Der Reichsinnenminister Severing hat im letzten Moment diesen Mut (zur Vermittlung - P. D.) gefunden... Er geht den schwereren Weg, weil er erkannt hat, daß es im Staatsinteresse notwendig ist, und es scheint erwünscht, daß die anderen Parteien, die in die Große Koalition hinein wollen, nun auch ihrerseits denselben Mut aufbringen...“

Nichts kann klarer die ausgesprochenen Metallarbeiter und die gesamte Arbeiterklasse von der arbeitgeberfeindlichen Rolle Severings überzeugen, als dies die obigen Zitate aus der bürgerlichen Presse tun. Die Arbeiterklasse muß daraus den Schluss ziehen, daß jetzt alle Kräfte mobilisiert werden müssen, um nicht nur den Verrat der Reformisten vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit aufzuzeigen, sondern darüber hinaus die geschlossene Kampffront zum Sturz der Koalitionsregierung zu formieren.

# Führt die Solidaritätsaktion weiter!

215 000 Metallarbeiter führten einen heldenmütigen Verteidigungskampf gegen das Trüffkapital. Die Zentralmolekte, die Demokraten, die Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten schwangen von einer „Unternehmerr Rebellion gegen den Staat“ der Staat, gegen den angeblich die Unternehmer rebellierten. Solidarität hielt durch das Schiedsgericht in Düsseldorf vollständig mit ihnen. Regierungen, Parlamente, Kommunen usw. die zur Ausprägung Stellung nehmen mußten, sorgten mit ihrer ganzen Kraft dafür, daß der Kampf im Interesse der Unternehmer möglichst bald beendet wurde. Die reformistischen Gewerkschaftsführer taten das Ihrige, um den Kampf zu veratzen. Von Anfang an haben sie eine Strategie betrieben, die klar und unmissverständlich zeigte, daß sie überhaupt nicht gewillt waren, diesen brutalen Angriff der Unternehmer durch einen Angriff der gesamten Arbeiterklasse zu beantworten. Die Reformisten ließen die Forderungen dreier Arbeiterkassen: 15 Pfennig Lohnzulage, Wiedereinführung des Achtstundentages für die Hüttenarbeiter fallen, und führten einen Scheinverteidigungskampf für den mangelnden Schiedsspruch.

Jetzt, Wochen lobte der Kampf im Ruhrgebiet. Die reformistische Bureaucratie unterließ kein Mittel, um den Kampf abzuwürgen. Severing wurde von der Reichsregierung beauftragt, mit allen Mitteln den Kampf zu beenden. Die reformistischen Gewerkschaftsführer gaben dazu ihre Zustimmung. Auf der anderen Seite versuchten die revolutionären Kampflenkungen, den Kampf bis zum feigreichen Ende fortzuführen.

Selbst wenn es Severing im Verein mit den Gewerkschaftsbureaucraten gelingen sollte, in den nächsten Tagen den Kampf vollständig abzuwürgen, so werden gemäß den Eigenarten der Schwerindustrie noch wochenlang Tausende von Arbeitern auf der Straße liegen, bis die Betriebe wieder im vollen Gange sind, außerdem werden Hunderte von Funktionären gemahnt werden, das steht bombenfest. Wir haben daher die Aufgabe, die Solidaritätsaktion fortzusetzen und zu steigern. Das muß

um so mehr geschehen, da weitere große Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse bevorstehen.

Die Internationale Arbeiterhilfe, die Proiantkolonne des kämpfenden Proletariats, hat in diesem Kampfe sich wirklich großzügig an die Seite der kämpfenden Arbeiter gestellt. Tausende wurden überall eingerichtet, täglich wurden über 30 000 Personen gespeist. Kinder wurden im In- und Auslande zu Tausenden in Erholung untergebracht, Lebensmittelpakete wurden verteilt, Kreisläufe für Kinder und Kämpfende eingerichtet. Ein Bericht über die Gesamtleistungen wird sogleich demnächst durch die Internationale Arbeiterhilfe veröffentlicht werden.

Die Internationale Arbeiterhilfe hat es verstanden, sich die Herzen der Ruhrproleten zu erobern. Die jetzige Aktion hat Tausende bisher indifferenter Proletarier aus ihrer Gleichgültigkeit herausgerissen und sie in die revolutionäre Kampflinie eingereiht. In keiner Aktion der letzten Jahre hat sich die Bedeutung einer Massenorganisation, wie die Internationale Arbeiterhilfe so notwendig erwiesen, wie in diesem Kampfe. Die IAH hat nicht nur in der Theorie, sondern stets, und auch in diesem Kampfe, in der Praxis bewiesen, daß sie eine unentbehrliche Waffe in den modernen Kämpfen des Weltproletariats ist. Diese Tatsache klar erkennend, ist die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei und die Gauführung des RAB allen Arbeitern zu: Unterstützt die Gesamtleistung der IAH, führt die begonnene Sammlung zur weiteren Organisation der Hilfsaktion verstärkt durch. Sorgt dafür, daß alle Arbeiter am kommenden Sonntag einen Stundenlohn aufhören, sammelt am kommenden Sonntagabend und Sonntag unter den Freunden und Gönnern der IAH, werbt Mitglieder für die Internationale Arbeiterhilfe!

RAB, Bezirksleitung Ostschlesien  
RAB, Gauführung Ostschlesien  
IAH, Landesvorstand Ostschlesien.

# Die Textilarbeiterverbands-Konferenz lehnt den Schiedsspruch ab

Eine Konferenz der Deutschen Textilarbeiterverbände, die am Sonntag in Chemnitz tagte, lehnte einmütig den Schiedsspruch des Schlichters Haack für die löchl. Textilindustrie ab. Einen Antrag eines oppositionellen Kollegen, der von ihm ausdrücklich begründet wurde und der sofortige Kampfnahmen zur Durchföhrung der aufgestellten Forderungen verlangte, wurde von der reformistischen Verbandsbureaucratie trotz scharfen Protestes zur Abstimmung nicht zugelassen. Die Schiedsweise der linken SPD-Zeitungen, die den Schiedsspruch als eine Niederlage der Unternehmer bezeichneten, wird durch die Ablehnung des Schiedsspruches durch diese gefechte Konferenz erst ins richtige Licht gerückt. Nicht „war“ 17. sondern 19 Monate sollen die Hungerlöhne durch das neue Schlichtungsollstat festgelegt werden, 30 bis 70 Pfennig auf weitere 19 Monate, das ist der neue „prinzipielle“ Erfolg, den die linke Pflaumer Volkszeitung als einen Sieg der löchl. Textilarbeiter in die Welt hinauspflanzt. Trotz der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer, die, wie die Haltung der Gaunkonferenz beweist, dem Kampf aus dem Wege gehen wollen, werden die Textilarbeiter durch die Aufnahme des Kampfes ihre Forderungen durchsetzen.

## Neuer Vorstoß der Textil-Unternehmer

15 000 Textilarbeiter des Rastener Tuchreviers gelündigt

Ein weiterer Vorstoß in ihrer planmäßigen Offensive der Textilbarone gegen die Arbeiter ist jetzt im Rastener Textilgebiet erfolgt. Die Unternehmer „andien an den Deutschen Textilarbeiterverband folgendes Schreiben:

„Wir kündigen hiermit das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für den Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Rastener Textilarbeiterverband folgendes Schreiben: „Wir kündigen hiermit das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für den Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Rastener Textilarbeiterverband folgendes Schreiben: „Wir kündigen hiermit das Lohn- und Arbeitszeitabkommen für den Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Rastener Textilarbeiterverband folgendes Schreiben:“

Die Unternehmer verlangen also Festlegung der bisherigen Hungerlöhne und der überlangen Arbeitszeit für volle 2 Jahre. Auf der ganzen Linie greifen die Textilunternehmer an. Im Interesse der Textilarbeiter liegt es allein, wenn in keinem Gebiet vor dem Unternehmertum zurückgewichen wird, sondern wenn unter Zusammenfassung aller Kräfte die Kampfprobe auf der ganzen Linie aufgenommen wird.

## Jetzt kann der Koalitionschacher vertagt werden

Berlin. Wie der Lokalanzeiger meldet, werden die Koalitionsverhandlungen in dieser Woche nicht weitergeführt. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum wollen das Wohlverhalten der Sozialdemokratie in der Ruhrkampfangelegenheit und in der preussischen Konfessionsfrage abwarten, bevor sie in weitere Verhandlungen mit der SPD eintreten. Man erwartet, daß die eigentlichen Beratungen für die Verstärkung der Grundgesetze in der jetzigen Reichsregierung nicht vor Weihnachten beginnen.

Die Sozialistische Volkspartei hat auf ihrem am Sonntag in München stattgefundenen Parteitag, an dem auch Vertreter des

Zentrums teilgenommen haben, folgende Forderungen für die Beteiligung an einer Koalition aufgestellt: Anerkennung der Integrität der Länder, Anerkennung der Rechtsansprüche Bayerns gegen das Reich, aus Wehken und Staatsverträgen keine Verschlechterung des Finanzausgleichs für die Länder, Beibehaltung des Systems der Rentendormaltungen des Reiches. Außerdem wurde beschlossen, die übrigen Parteien in den Fragen der Reichsreform auf eine der Sozialistischen Volkspartei entsprechende Stellung festzulegen.

Sehr Severing hat jetzt Gelegenheit, zu zeigen, wie brav er für den Ministerposten sein kann. Und er wird es zeigen, denn im Arbeitererrat hat er in ausgewählte Praxis.

## Seit gefordert

Berlin. Der Verbandsvorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Josef Seig, ist am Montag früh an einer Lungenentzündung gestorben. Seig war Vorsitzender des Verbandes seit 1918 und gehörte dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat an.

## 160 Tonnen Giftgas im Hamburger Hafen

In der Bürgerstabskonferenz vom 28. November gab der Präsident das Ergebnis der Untersuchung der Giftdose wieder, die vor einigen Wochen von der kommunistischen Fraktion übergeben worden war. Das amtliche Gutachten bestätigte in vollem Umfang die Behauptungen der kommunistischen Fraktion. Es wird zugestanden, daß das in der eingelieferten Dose befindliche Pulver der Hauptache nach aus technischer Diphosphorsäure mit geringen Beimengungen von Halogenalkaliden und cyanhaltigen Substanzen, vermutlich Diphosphorsäure bzw. Diphosphorsäure, enthalte, was schon in geringen Mengen giftig wirkt. Das chemische Staatsinstitut hat infolgedessen den Rest der Probe in Verwahrung genommen, um Unheil zu verhüten. Zur Lagerung muß die Polizeibehörde zugeben, daß die Giftmengen teils lose, teils in beschädigten Fässern lagen, daß sich löbliche Massen aus dem freien Röhre der Waggung, zum Teil in sehr beschädigten Fässern befanden. Soweit Wind herrschte, bestand die Gefahr, daß Arbeiter beim Umpacken gesundheitlich gefährdet wurden. Das Polizeiamt muß also zugeben, daß in der Nähe dichtbesiedelter Stadtteile riesige Mengen schweres Gift lose und in beschädigten Fässern lagerte. Der Abtransport erfolgte sehr langsam, die Polizei wartete, bis die Firma die Beträge verkauft hatte. Und das monatelang nach der bekannten Phosphogenvergiltung.

## Ein Neubau in Dortmund eingestürzt

11. Dortmund, 4. Dez. Gestern nachmittag ereignete sich auf einem Neubau der Dortmunder Maschinenbauerei in der Rheinischen Straße ein schweres Unglück. Aus noch nicht aufgekärter Ursache brach gegen 15,30 Uhr ein Teil der Stützpfiler und Verschaltungsbrücken des in Eisenbeton ausgeführten Neubaus ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. 3 Personen wurden mit mehr oder minder schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt.

## 20 Gebäude durch Großfeuer vernichtet

11. London, 4. Dez. Im Geschäftsviertel der Stadt Moree in NewEdwales brach nach Meldungen aus Sidney in der Nacht zum Montag ein Großfeuer aus. 20 Gebäude einschließlich der führenden Hotels und zwei Zeitungsgebäude sind niedergebrannt.

## 8 Tote bei einem Verkehrsunfall in Griechenland

11. London. Nach Meldungen aus Athen wurden bei einem Zusammenstoß zwischen einem Zug und einem Automobils an einer Seitenbahnung bei Debeag 8 Personen getötet und 15 verletzt.

## Ein Flugboot mit Schlahung und neun Fluggästen im Meer verfunken

11. Rio de Janeiro, 3. Dez. Ein dem Syndikato Condor Ltd. gehöriges Flugboot ist bei einem Kollision mit dem Hafen zur Begünstigung des brasilianischen Pioniers der Luftfahrt, Santos Dumont, auf dem Wasser aufgelaufen und mit der Schlahung sowie 9 Fluggästen sofort gesunken.

## Der tägliche Druckfehlerwechsel

hat uns gestern einen Satz in der Spaltenmeldung ins Gegenteil dadurch verkehrt, daß er ein „nicht“ unter den Tisch fallen ließ. Der zweite Satz des Kommentars zu der Meldung „Offene Kapitalisation der Gewerkschaften“ muß natürlich heißen: „Offenbar wird jetzt jedem, daß die Führer des DDB die selbst anerkannt, nur allzu berechtigten Forderungen der Hüttenarbeiter auf 15 Pfennig Stundenlohnherhöhung nicht ernst Parteiarbeitertextkonferenz auf der zweiten Seite des Hauptblattes, muß es heißen: „Im Zusammenhang damit wurde eine Adresse an die w e r t l o s e n (nicht „wertlosen“) Genossen be-

# Beginn der Landwirtschaftsdebatte im Reichstag

Berlin, 3. Dezember 1928. (Eig. Bericht.)

Mit großem Interesse erwarteten Millionen deutscher kleiner Bauern, Stiebler und Landarbeiter die langst fällige Agrardebatte im Reichstag. Doch dieses Interesse fand kein Echo nicht im Reichstagsplenum selbst. Schon als der Präsident Vo e be die Montagssitzung des Reichstags mit der Tagesordnung „Beratung über die Not der Landwirtschaft“ eröffnete, war das Haus schwach besetzt. Dagegen drängte man sich auf den Tribünen, war man doch mit Recht gespannt, wie die Abgeordneten, die in Wahl- und Landtagsverhandlungen sich als Retter der Landwirtschaft drapieren, ihr Amt in der entscheidenden Reichstagsdebatte ausfüllen.

Zuerst sprach Dr. H e r m e s vom Zentrum. Er sprach von der Not der Landwirtschaft etwa so, wie man über nebenstehende Dinge spricht, über das schlechte Wetter, über eine schlechte Zigarette. Leise und ohne innere Anteilnahme verlas er sein Manuskript, und sein Wunder, daß nach dieser Rede der Sitzungssaal noch leerer war.

Dann sprach der Deutschnationaler S a h m a n n, der gleich seinem Vordränger das A und O zur Rettung der Landwirtschaft in der Erklärung der Fälle sah. Die anwesenden Deutschnationalen Katholiken demonstrierten Beifall, und besonders stark die Herren Junker, als der Redner den Abbau der sozialen Lasten forderte. Kaum war diese Rede verlesen, verschwanden die Großagrarier in die Restaurationsräume.

Der Reichsernährungsminister Dietrich sprach über eine Stunde. Auf den Tribünen mußten die ersten Schlafenden von den Reichstagswärtinnen geweckt werden. Doch am Ende der Rede feierten sich auch die Tribünen, denn der langen Rede kurzer Sinn des Reichsernährungsministers war der: Wir werden versuchen, etwas zu tun. Doch selbst dieser kurze Sinn ist bedauerlich wie Kaufschuf. Der Minister hatte nämlich vollkommen „vergeffen“, daß das Wort „Landwirtschaft“ ein Begriff ist, allerdings

einer aus mehreren Teilen. Von der Tatsache der Existenz von zwei Millionen Landarbeitern weiß der Minister nichts, genau so wenig wie er einen Unterschied kannte zwischen kleinen Bauern, den wirklich Kostelenden und den Großagrarern, die besonders groß sind im Maulaufreißen und im Zammern. Wie alle Minister dieser Regierung, die bisher veramtlich im Plenum auftraten, jonglierte auch der Ernährungsminister zwischen Wenn und Aber. Und nur so viel steht fest, daß die Reichsregierung vollkommen unter dem Druck der Junker steht. Die Junker kennen auch ihre Pappenheimer, bekundeten ihr Vertrauen ausdrücklich zu ihrem Landwirtschaftsminister. Der wird dafür sorgen, daß die Fülle noch mehr als bisher in die Höhe gehraubt werden. Und der Koalitionsminister W i s s e l l hilft mit bei der Verschleierung der sozialen Lage der Landarbeiter.

Der Volksparteiler H a m k e n s füllte seine Redezeit durch Äußern aus. Aber hinter der leisen Sprache steckte eiserner Wille, alles zu unternehmen für die Großen, und die kleinen Bauern und Landarbeiter im Elend umkommen zu lassen.

## Erst durch die Rede des Genossen Hörnie

wurde die Aussprache auf ein anderes Gebiet geschoben. Genosse Hörnie zeigte auf, wo die wirkliche Kollage ist. Er schilderte an packenden Beispielen die Lage der zwei Millionen Landarbeiter, er schilderte, auf welches Material gestützt, die Tragödie der kleinen Bauern. Deutschnationaler, die es erst mit Zwischenrufen verließen, das Vorgefragene abzuschwächen, waren bald kumm. Genosse Hörnie begründete die Anträge der kommunistischen Fraktion und schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß man erneut einen maßvollen Beitrag an den wirklich Kostelenden vorbereite, und daß nur in einem Deutschland der Reichsregierung Revolution Landarbeiter wie kleine Bauern die Möglichkeit ihres wirtschaftlichen Aufstiegs haben.